

Ercheint 6mal wöchentlich, mit Wochenschrift "Der Tag" und der "Sächsischen Volkszeitung".
 Preis für den Abnehmer 20 J. Sonntags- u. Feiertagsnummer 10 J.
 Hauptverleger: Dr. G. Dörmann, Dresden.

Verlag: Dresden
 Anzeigenpreis: Die in der Zeitung 20 J. Familienanzeigen 10 J. Die in der Zeitung 20 J. Familienanzeigen 10 J. Die in der Zeitung 20 J. Familienanzeigen 10 J.

Sächsische Volkszeitung

Für christliche Politik und Kultur

Verlag: Dresden, Germania-Verlag, S. 4, für Verlag und Druckerei, Altmühlstraße 17, Dresden-Altstadt 11.

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung, Dresden-Altstadt 11, Altmühlstraße 17, Telefon 10711 und 11012.

Brüning und Dietrich vor dem Reichsrat

Reichsregierung fordert: Der Reichsrat soll die Reformgesetze binnen 14 Tagen verabschieden

Länder und Finanzreform

Berlin, 4. November.

Die heutige öffentliche Reichsratsitzung fand im großen Saal des Reichshaushaltsausschusses statt, der an Stelle des sonst benutzten Reichspräsidentensaal gewährt worden war, um durch den größeren Rahmen die besondere Bedeutung dieser Tagung zu unterstreichen.

Da der Reichstag jetzt nicht versammelt ist, waren verhältnismäßig wenig Parlamentarier als Zuhörer anwesend, während die Presse außerordentlich stark vertreten war. Unter den Gästen befand sich auch Reichspräsident Ebert.

Reichskanzler Dr. Brüning erschien frühzeitig in Begleitung des Reichsfinanzministers Dietrich. Bald darauf erschienen auch die Reichsminister Siegel, Brüning und Curtius. Die meisten Länder waren durch ihre Ministerpräsidenten vertreten, Preußen durch Ministerpräsident Braun und Bayern durch Ministerpräsident Heß, Sachsen durch Ministerpräsident Schick und Finanzminister Hedrich.

Steuer, aber eine solche Erhöhung wäre unvereinbar mit unserer Preislenkungsaktion. Zur Kürzung der Beamtengehälter mußten wir greifen, weil einfach ein anderer Weg nicht vorhanden war. Wir haben das gewiß nicht leichtes Herzens getan, aber wir meinen, daß die Beamtenschaft sich durch dieses Opfer am stärksten in das Volksganze einfügen wird. Nach einiger Zeit wird man erkennen, daß durch diese Maßnahmen die Reichsregierung dem Verfallshandwerk keinen Schaden, sondern einen großen Dienst erwiesen hat.

Wir müssen an den Reichsrat die Bitte richten, innerhalb 14 Tagen die Gesamtheit dieser Gesetze zur Verabschiedung zu bringen. Das ist gewiß eine außerordentlich schwierige Arbeit, aber sie ist notwendig zur Wiederherstellung der öffentlichen Atmosphäre in Deutschland und zur Ankurbelung der Wirtschaft, die die Voraussetzung ist für eine Preislenkung und für eine

Einem den Ländern und Gemeinden vorbehalten, während 100 Millionen an den Überweisungen abgeführt werden sollen. Diese Kürzung ist notwendig, und durch diesen Betrag soll der Gedanke dokumentiert werden, daß ein harter Trich in der Richtung der Sparfamkeit auf der ganzen Linie ausgedehnt werden muß. Durch diese Maßnahmen soll auch erreicht werden, daß um jeden Preis die Staats- und Reichs-, Länder- und Gemeindehaushalte in Ordnung gebracht werden.

Eine Drosselung der Wirtschaft durch neue Steuern würde sehr bald nicht zu Mehreinnahmen, sondern zu verstärkten Steuerausfällen führen. Das Gesetz über die Ausgabenbegrenzung bestimmt, daß in Reich, Ländern und Gemeinden die Ausgabenansätze für 1932 und 1933 nicht die Summe überschreiten dürfen, die für 1931 feststeht. Ein umfangreiches Gesetz schafft die notwendige Vereinfachung des Steuerwesens. Außer der Befreiung der Vermögen bis zu 20.000 Mark von der Vermögenssteuer und der Hälfte bis zu 5000 Mark oder 6000 Mark von der Umsatzsteuer lassen die Vereinfachungen bei der landwirtschaftlichen und gewerblichen Besteuerung. Die Schenksteuer der landwirtschaftlichen Besteuerung werden am einfachsten dadurch beseitigt, daß man bei denselben Personen, die ein Vermögen von weniger als 20.000 Mark zu veräußern haben, nur noch eine Grundsteuer erhebt.

Reichskanzler Dr. Brüning

eröffnete die Sitzung mit folgender Rede: „Die heutige öffentliche Tagung des Reichsrats ist die Fortsetzung der im Laufe der letzten vierzehn Tage zwischen der Reichsregierung und den Ländern geführten vertraulichen Verhandlungen über die großen Fragen der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Wir stehen vor einem Gesetzgebungswerk, wie es von so großer Bedeutung uns seit vielen Jahren nicht vorgelegen hat. Dieses Gesetzgebungswerk steht in enger Beziehung zu unserer Wirtschaftspolitik und vor allem unserer Außenpolitik, ja, es bildet die Voraussetzung für unsere Außenpolitik.“

Wir haben uns damit beschäftigt, wie der Arbeitslosigkeit gesteuert werden kann, aber die Reichsregierung lehnt es ab, in dieser Stunde Einzelmaßnahmen vorzuschlagen, weil Voraussetzung die Beschaffung von Kapital und Kredit ist. Das wird eben nur möglich sein, wenn es gelingt, vorher in kürzester Frist dieses Gesetzgebungswerk zu erledigen. Der Reichsrat befindet sich in einer großen geschäftlichen Stunde seiner Tätigkeit. Sie müssen alle, daß schnelle Handeln notwendig ist und daß davon ein großes Stück der Zukunft des deutschen Volkes abhängig ist.“

Die Beratungen des Reichsrats sind vom Reichskanzler durch seine Reize zu den Regierungen der einzelnen Länder sorgfältig vorbereitet worden. Die Reize, die den Kanzler zunächst nach den süddeutschen Ländern geführt haben — mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Heß hat Dr. Brüning wiederholt in Berlin verhandelt — sind mit der Rückkehr des Kanzlers aus Dresden am Abbruch gekommen. Die Regierung hat die Hoffnung, daß der Reichsrat ihr Programm und dem mit diesem Programm ergründeten Erfolg bis gegen Ende des November erledigt hat, damit der Reichstag, wenn er am 3. Dezember zusammentritt, keinerlei sofort an die Verhandlungen der wichtigen Vorlagen heranzutreten kann.

Reichsfinanzminister Dietrich

erklärte dann die vorliegenden Gesetzentwürfe im einzelnen. Es handelt sich dabei um den Etat, um das Gehaltskürzungsgesetz, um das Gesetz zur Senkung des Personalaufwands, um die Ausgabenbegrenzung im Haushalt, um die Fortsetzung der bisher als Notverordnung verhängten Zuschüsse zu den höheren Einkommensteuerstufen, um die Fortsetzung der Erhöhung der Tantiemensteuer, um die Senkung der Realsteuer und die Vereinfachung des Steuerwesens. Die Vorlage zur Erhöhung der Tabaksteuer wird in den nächsten Tagen einreichen.

Der Reichshaushalt, wie er Ihnen jetzt vorliegt, weist in Einnahmen und Ausgaben insgesamt eine Summe von 10,655 Milliarden Mark auf. Diese Summe ist gegenüber dem endgültigen Etat des Jahres 1930, wie er auf Grund der Notverordnung vom Juli aufgestellt war, um 1,14 Milliarden Mark gesunken.

Im neuen Haushalt konnten infolge der Beitragsverbänderung bei der Arbeitslosenversicherung 267 Millionen gespart werden. Die Gehaltskürzungen bedeuten für das Reich einschließlich der Post eine Ersparnis von 121 Millionen, für Länder und Gemeinden eine solche von 270 Millionen. Davon sollen 170 Mil-

Auch für die Erledigung der jetzt vor uns liegenden Aufgaben wird es eines besonders hohen Maßes von Verantwortungsbewusstsein und Verantwortungsgewissen bedürfen. Das Kabinett Brüning hat schon zwei schwere Situationen überwunden. Es wird jetzt alle seine Kräfte anspannen, um auch die vor ihm liegende Situation erfolgreich abzuschließen. Man muß deshalb sofort heute an alle geistlichen Körperschaften und an alle Parteien die Forderung richten, daß sie in dieser besonders großen Notlage, in der besondere Maßnahmen notwendig sind, alles einseitig Parteipolitische zurückstellen, um das, was unbedingt nötig ist, damit unserer Wirtschaft geholfen und unsere Finanzen aufrechterhalten werden können, zu bewilligen.

Vertrauen in die deutsche Finanzgebarung

für die ganze Zukunft bekommen. Es bedarf keiner Frage, daß ein gewisser Teil der Arbeitslosigkeit in Deutschland zurückzuführen ist auf eine gewisse Resignation und eine Vertrauenskrise. Dieser Zug der Resignation und Müdigkeit, der durch unsere Wirtschaft geht, muß beseitigt werden.

Wir haben die feste Zuversicht, daß es bei Anspannung aller Kräfte Deutschland gelingen wird, den Anschluß an die weltwirtschaftliche Umstellung zu finden und daß Deutschland dabei weniger leiden wird als andere Länder. Der Streit bei den kommenden Verhandlungen wird im Reichsrat gehen um die 100-Millionen-Kürzung an den Länderüberweisungen, um das Hauptprogramm der Reichsregierung, um die Senkung der Realsteuer und um den endgültigen Finanzausgleich, den wir in Form eines Rahmengesetzes Ende dieser Woche Ihnen zuleiten werden. Es wird möglich sein, die Realsteuer zu senken. Das soll der Schlüssel sein zu den

Preislenkungsmaßnahmen

der Regierung, denn damit soll das Argument beseitigt werden, das jetzt gegen die Preislenkung im Kleinhandel und bei den Lebensmittel angewandt wird. Wir bedürfen zur Durchführung der Preislenkung der Unterstützung der Öffentlichkeit und der Presse.

Wir sind auch überzeugt, daß es möglich sein wird, den Wohnungsmarkt in Gang zu bringen. Wir müssen in diesem oder im nächsten Jahre zu einer Ueberleitung des Wohnungsmarkts von der rein staatlichen Unterstützung zur Privatwirtschaft kommen, weil wir sonst in zwei oder drei Jahren vor einem jähen Absturz stehen und jahrelang hunderttausende arbeitsloser Bauarbeiter haben würden. Unbedingt notwendig ist

Sächsische Nothilfe 1930

Ein notwendiges Werk

(2) Dresden, 4. November.

Unter Vorsitz von Staatsminister Richter fand am Montag, den 3. November 1930 eine Besprechung sämtlicher Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege, der Vertreter der Arbeitnehmer, und Arbeitsvereine, der Frauenverbände und der Verbände der Kriegsbeschädigten, Kriegserhinterbliebenen, Sozial- und Kleinrentner statt, in der die Notwendigkeit von Hilfsmöglichkeiten zur Bekämpfung der Not des kommenden Winters besprochen wurde. Den einleitenden Vortrag hielt Universitätsprofessor Dr. Kehler von der Universität Leipzig, der darauf hinwies, daß mit einer Erwerbslosigkeit im kommenden Winter zu rechnen sei, wie sie noch nie in Deutschland geherrscht habe. Bei der daraus erwachsenden Not könnten die Hilfsmöglichkeiten der öffentlichen Körperschaften nur einen Teil der Aufgaben erfüllen. Es sei aber nötig, daß alle diejenigen, denen es vergönnt sei, noch durch ihre Arbeit Erwerb zu finden, sich zu einer deutschen Notgemeinschaft zusammenschließen, um durch Geld- und Sachspenden und mit persönlicher Hilfeleistung der Not zu steuern. Besonders wichtig sei es, sich der arbeitslosen Jugend anzunehmen und für die Alten zu sorgen. Neben der wirtschaftlichen Hilfe sei hier die seelische

Kälte ein besonderes Erfordernis. Es sollte eine Bewegung gegen die deutsche Not in Schaffen. Die Vertreter der anwesenden Verbände aller Richtungen erklärten ihre Zustimmung zur tätigen Mitwirkung. Der Wille der Versammlung wurde durch die nachfolgende Entschließung zum Ausdruck gebracht:

„Die sächsischen Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege erkennen die dringende Notwendigkeit an, die harte, bisher kaum erlebte Not weitaus Schichten der Bevölkerung, die sich in den bevorstehenden Wintermonaten noch steigern wird, nach Möglichkeit zu lindern und sind gewillt, diese Nothilfe im Freistaat Sachsen zusammen mit den amtlichen Stellen zu organisieren und durchzuführen und alle Volksgenossen, die hierzu in der Lage sind, zur Mitarbeit, Unterstützung und zum Opferbringen aufzurufen. Sie billigen die Einsetzung eines Landesarbeitsausschusses für die Sächsische Nothilfe 1930, der mit Beschleunigung die Richtlinien für die Hilfsarbeit aufstellen soll.“

Der Landesarbeitsausschuss wurde aus Vertretern der 7 Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege, des Verbandes der Reichsvereine, des Gemeindeforschers, des Landesarbeitsausschusses der Jugendverbände, des Landesarbeitsausschusses für Lebensbedingungen und des Landes-Arbeiter-Sportkartells unter Vorsitz von Minister Richter gebildet.

Der Ausschuss wird sich in den nächsten Tagen mit einem Aufruf an Sachsens Bevölkerung wenden.